

**(Abg. Möller)**

Das Saarland hatte 1966 mit 1,32 Millionen seine höchste Einwohnerzahl. Sie fiel bis 1986 auf 1,042 Millionen, stieg Mitte der Neunzigerjahre wieder leicht auf 1,084 Millionen an und betrug zum Jahresende 2004 noch 1,056 Millionen. Nach den Vorausberechnungen des Statistischen Landesamtes werden auch eventuelle Wanderungsgewinne nicht dazu ausreichen, das steigende Geburtendefizit im Saarland auszugleichen. Deshalb wird die Bevölkerung weiter kontinuierlich abfallen und schon 2016 die Millionengrenze unterschreiten. Für das Jahr 2030 wird erwartet, dass dann nur noch 926.000 Menschen im Saarland leben.

Diese Entwicklung verläuft zwar in den einzelnen Landkreisen sowie im Stadtverband Saarbrücken unterschiedlich, aber in der Tendenz in die gleiche Richtung. Wobei der Ballungsraum um die Landeshauptstadt und den Stadtverband mit einem Bevölkerungsrückgang von 8 beziehungsweise 10 Prozent am geringsten betroffen sind. Insgesamt betrachtet wird nach den Angaben des Statistischen Landesamtes bis 2030 der Anteil der unter Zwanzigjährigen auf 16 Prozent der Bevölkerung sich verringern, die Zahl der Erwerbstätigen um 22 Prozent zurückgehen und die Hälfte der saarländischen Bevölkerung älter als 50 Jahre sein.

Das alles hatte wohl das Berlin-Institut für Bevölkerungsentwicklung im Auge, als es in seiner Untersuchung "Deutschland 2020" die demografische Zukunft der Nation in einem Vergleich der verschiedenen Bundesländer das Saarland als "einen schrumpfenden Zwerg im Südwesten" bezeichnete, den wenig Geburten, Abwanderung und eine hohe Sterbeziffer ausbluten lassen. Diese drastische Einschätzung darf kein Totschlagargument dafür sein, den Kopf in den Sand zu stecken und nun alles laufen zu lassen. Ganz im Gegenteil! Sie sollte uns als Herausforderung dafür dienen, die Dinge anzupacken und eine gegenläufige Entwicklung in Gang zu setzen.

Ich bin mir sicher, wir werden auch im Saarland die geeigneten Antworten darauf finden, wie die Gesellschaft des langen Lebens bei uns aussehen kann und wie wir mit der Erkenntnis umgehen, dass wir durch den demografischen Wandel weniger, älter und als Folge der Migration bunter werden. Wie bereits gesagt: Wir werden uns auf vorliegende Erfahrungen berufen können und sie werden uns helfen bei der Beantwortung der Fragen im Zusammenhang mit der demografischen Entwicklung. Wir können uns orientieren, zum Beispiel wenn es um die Kinderbetreuung geht, nach Frankreich; wir können die Frage der älteren Arbeitnehmer beantworten, wenn wir nach Europa sehen. Und wir können auch bei Präventions- und Rehabilitationsangeboten für ältere Menschen auf Erfahrungen zurückgreifen. Die SPD-Landtagsfraktion hat sich schon immer für die systematische Beschäftigung mit dem demografischen Wandel eingesetzt. Wir werden weiterhin unseren konstruktiven Beitrag leisten und wir freuen uns schon jetzt auf eine gute und fruchtbare Zusammenarbeit in der Enquetekommission. - Ich danke Ihnen.

(Beifall des Hauses.)

**Präsident Ley:**

Das Wort hat der Abgeordnete Alexander Funk.

**Abg. Funk (CDU):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Einsetzung der Enquetekommission "Demografischer Wandel" ist für uns als CDU-Fraktion die logische Umsetzung unserer vorausschauenden und nachhaltigen Politik. Eine Politik, die nicht immer sofort die Zustimmung der Öffentlichkeit erhält, weil sie vielleicht nicht in ist oder weil wir nicht jeder Interessengruppe nach dem Mund reden, die sich aber immer öfter im Nachhinein als richtig und zukunftsweisend herausstellt. Als Beispiele seien die Schulzeitverkürzung beim Gymnasium oder die Gebührenfreiheit des dritten Kindergartenjahres genannt. Mit Interesse haben wir diese Woche zur Kenntnis genommen, dass die SPD auf ihrer Klausurtagung ebenfalls die Gebührenfreiheit des dritten Kindergartenjahres beschlossen hat, genau die

Gebührenfreiheit, die Sie hier im Saarland immer abgelehnt haben.

So verhielt es sich auch mit dem Thema demografischer Wandel. Als Herr Minister Mörsdorf im Jahr 2000 mit diesem Thema ein Redaktionsgespräch bei der Saarbrücker Zeitung bestritt, musste er sich rechtfertigen, weshalb er kein interessanteres Thema mitgebracht habe. Als die CDU-Fraktion im Frühjahr 2004 den demografischen Wandel in den Mittelpunkt ihrer Klausurtagung setzte, war der damalige Generalsekretär der SPD Saar der Auffassung, dies sei ja nur ein zweitrangiges Thema. Umso mehr freut es uns, dass mittlerweile alle Fraktionen die gesamtgesellschaftliche Bedeutung des demografischen Wandels erkannt haben und wir heute einstimmig eine Enquetekommission einsetzen können.

Eine Kommission, die sich zum Ziel setzt, erstens die Ursache des Geburtenrückgangs und der Abwanderung aus dem Saarland zu untersuchen, zweitens die Auswirkungen dieser Entwicklung darzulegen und Lösungsansätze zu suchen und drittens auch die Chancen des demografischen Wandels zu erkennen und für das Saarland zu nutzen. Grundlage für unsere CDU-Fraktion bildet dabei die Tholeyer Erklärung von 2004, die nach wie vor aktuell ist.

Folgende Handlungsoptionen halten wir grundsätzlich für notwendig. Erstens: Sensibilisierung der Öffentlichkeit. Da stimme ich Frau Möller zu, wir müssen das Thema viel stärker in das Bewusstsein der Öffentlichkeit rücken. Eine Bewusstseinsbildung ist notwendig, damit alle die Herausforderungen annehmen; eine Einsicht erhöht die Bereitschaft, eigene Besitzstände aufzugeben. Ich habe das Gefühl, dass in der Bevölkerung vielen der demografische Wandel durchaus bewusst ist, aber dass noch lange nicht die Bereitschaft vorhanden ist, nachteilige Konsequenzen zu akzeptieren.

Zweitens: Höchste Priorität für Familienpolitik. Hier darf sich die Familienpolitik nicht primär als Unterstützung von Familien in deren privater Situation begreifen, sondern als Schlüssel für die Zukunft unserer Gesellschaft. Familienförderung muss zur Geburtenförderung werden. Hier sind bisherige Ansätze zu verstärken, um es jungen Familien zu ermöglichen, sich auch für ein Kind zu entscheiden. Hier muss eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf erfolgen, das muss weiter ausgebaut werden -

(Beifall bei der CDU)

allerdings auf freiwilliger Basis. Ich nenne nur ein Beispiel, wo auch eine Lücke besteht: Eine Verkäuferin im Einzelhandel, die bis 20.00 Uhr arbeiten muss, hat derzeit keine Möglichkeit, ihr Kind in Betreuungseinrichtungen unterzubringen. - Auch darüber muss diskutiert werden.

Wir brauchen drittens mehr Eigenverantwortung für die soziale Sicherung. Eine verstärkte Eigenvorsorge für Alter und Krankheit ist unumgänglich. Jedem ist bekannt, wie sich die Einnahmeausfälle in der Sozialversicherung auf Grund des demografischen Wandels, auf Grund einer zurückgehenden Bevölkerungszahl, entwickeln. Da muss eine verstärkte private Vorsorge getroffen werden. Aber auch hier muss man die Menschen in die Lage versetzen, diese private Vorsorge leisten zu können. Viele Gehaltsschichten haben nach Abzug aller laufenden Kosten im Monat keinerlei Möglichkeiten mehr, private Vorsorge zu treffen.

Viertens: Generationengerechtigkeit erhalten. Denn die finanziellen Folgen dürfen nicht einseitig zu Lasten der Junggeneration gehen. Wir müssen Rentenerhöhungen in ein ausgewogenes Verhältnis zu den Anhebungen der Beitragssätze für die Rentenversicherung stellen. Ein ebenfalls wichtiger Aspekt ist, dass erhöhte Anpassungserfordernisse mit sinkenden Anpassungspotenzialen einhergehen. Im Klartext: Wir haben heute 21 Millionen Rentner, die nicht mehr so stark zur Anpassung und zu Veränderungen bereit sind. Es muss uns bewusst sein, dass das Zeitfenster, Veränderungen vorzunehmen

**(Abg. Funk)**

men, immer kleiner wird. Wenn wir ehrlich sind, findet eine Generationengerechtigkeit schon lange nicht mehr statt. Permanent verletzen wir diese, indem wir Schulden zu Lasten zukünftiger Generationen machen.

**Fünftens:** Die Lebensarbeitszeit muss neu gestaltet werden. An Stelle des Lebensalters für den Renteneintritt muss künftig die Dauer der Lebensarbeitszeit das entscheidende Kriterium sein. Wir müssen auch dafür sorgen, dass ältere Arbeitnehmer nicht nach Hause geschickt werden, sondern ihr Potenzial auch genutzt wird. Zum Beispiel haben wir in Deutschland einen Ingenieurmangel, andererseits haben wir 33.000 arbeitslose Ingenieure, nur weil sie über 50 Jahre alt sind.

**Sechstens:** Die Infrastrukturen verändern. Denn die demografischen Veränderungen betreffen nicht nur die soziale, gesellschaftliche und wirtschaftliche Ebene, sondern auch die staatlichen und kommunalen Infrastrukturen. Wer durch das Land fährt, sieht und weiß, wie marode viele öffentliche Gebäude sind, was wir dort für einen Investitionsstau haben, der später von immer weniger Schultern geleistet werden muss. In diesem Zusammenhang muss eine verstärkte Kooperation zwischen den Kommunen stattfinden. Der Besitz darf nicht mehr als entscheidendes Kriterium der Mittelpunkt der kommunalpolitischen Überlegung sein, sondern die infrastrukturelle Leistung und Funktion.

**Demografisch bedingt** - das hat die CDU auch schon 2004 in der Tholeyer Erklärung angekündigt - wird es zu Schließungen von Kindergärten, Schulen, Freizeit- und Verwaltungseinrichtungen kommen. Auch davor dürfen wir nicht die Augen verschließen und müssen das ganz klar in die Öffentlichkeit tragen. Umgekehrt wird der Bedarf an Pflege- und Betreuungseinrichtungen zunehmen. Und bei Krankenhäusern wird sich das Angebot stärker zu altersspezifischen Versorgungsangeboten verschieben müssen.

**Siebtens:** Wohnungs- und Städtebauförderung anpassen. Zum ersten Januar ist die Eigenheimzulage für Neubauten entfallen. Wir müssen uns als Land auch überlegen, wie wir die vorhandene Baub substanz sanieren, und bei der Städtebauförderung muss sich die Konzentration auf Orts- und Stadtkernsanierung begrenzen.

**Achtens:** Wir benötigen ein Reformbündnis für die Folgen des demografischen Wandels, denn den Herausforderungen des demografischen Wandels kann man nur durch ein Generationen übergreifendes Reformbündnis gerecht werden. Nur so ist die Bedrohung der Funktionsunfähigkeit unserer Gesellschaft durch diese Entwicklungen zu vermindern. Es ist auch positiv zu erwähnen, dass wir ein parteiübergreifendes Bündnis in Form dieser Enquetekommission zu Stande gebracht haben. Ich bin auch überzeugt, dass diese Kommission einvernehmlich nach Lösungen suchen wird.

**Neuntens:** Das Saarland ist auf einem guten Weg. Wir begreifen den demografischen Wandel nicht allein als Problem, sondern als Chance. Wir wollen Modellland für den demografischen Wandel in Deutschland sein. Das Saarland soll auch in Zukunft ein dynamisches und modernes, aber gleichzeitig menschliches Land bleiben. Deshalb müssen die Weichen für notwendige Anpassungen bereits frühzeitig gestellt werden. Genau dieser Aufgabe wird sich die Enquetekommission widmen, um Ressort übergreifend Handlungsempfehlungen zu erarbeiten. Es geht also nicht um eine rein statistische Betrachtungsweise in dieser Kommission, sondern um die Frage, wie Humanvermögen in unserer Gesellschaft gesichert werden kann bei gleichzeitiger Schrumpfung der Bevölkerung. Genau hierin liegt auch die Chance des demografischen Wandels, wir müssen ihn als neuen gesellschaftlichen Aufbruch verstehen, um Produktivitätspotenziale bei älteren Menschen, bei Frauen, bei Migranten und bei Minderqualifizierten zu heben. Leistungspotenziale der Bürgergesellschaft müssen geweckt werden und eine

Veränderung im Leitbild Familie stattfinden.

Wenn uns dies gelingt, werden wir die Schrumpfung und Alterung unserer Gesellschaft positiv begleiten können. Hierzu rufe ich alle Fraktionen und gesellschaftlichen Gruppen auf. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU.)

**Präsident Ley:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Manfred Baldauf.

**Abg. Baldauf (FDP):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute haben 10 Deutsche oder 5 Paare 6 Kinder. In 20 oder 30 Jahren werden diese 10 Deutschen vielleicht noch 3 bis 4 Enkel haben. Was sagt uns dieses Beispiel? Es sagt: Die Bevölkerungszahl der Deutschen sinkt mit jeder neuen Generation um mindestens ein Drittel, sogar um wahrscheinlich deutlich mehr als dieses eine Drittel. Dieses wohllos herausgegriffene Beispiel zeigt aber auch, die Beschäftigung mit dem Phänomen des demografischen Wandels hat vor allem negative Assoziationen. Es wird in Zukunft aufgrund dieser demografischen Entwicklung eine große Problemlage entstehen, mit der man sich nicht so gerne beschäftigen möchte.

Gerade das Gegenteil gilt aber für uns. Wir haben die Aufgabe, für zukünftige Generationen jetzt in die Überlegungen einzutreten, diese auf uns zukommende gewaltige Problemlage möglichst zu bewältigen, Vorsorge zu tragen. Es handelt sich dabei um eine der spannendsten, der vielfältigsten Aufgabenstellungen, aber auch um eine sehr dramatische Aufgabenstellung. Spannend ist diese Aufgabenstellung vor allen Dingen, weil die Beschäftigung mit dem Phänomen demografischer Wandel nicht nur Risiken in sich birgt, sondern auch Vorteile.

In der Geschichte der Menschheit war es immer ein Fortschritt, wenn man feststellen konnte, dass Menschen älter geworden sind. Dies war keine Selbstverständlichkeit. Mit zunehmendem Fortschritt ist es auch gelungen, Seuchen Herr zu werden, und Menschen konnten beispielsweise deswegen älter werden. Wir müssen dieses Phänomen des Älterwerdens unserer Bevölkerung einsetzen und die Möglichkeiten der älteren Bevölkerung, insbesondere der 65-Jährigen und Älteren in unserer sozialen Umwelt einsetzen. Vielfältig ist die Problemlage vor allem, weil dieses Phänomen des demografischen Wandels in wirklich alle Lebensbereiche eingreift.

Versuchen wir einen Blick in die Zeit der Jahre 2040 bis 2050 zu werfen. Was werden wir dann vorfinden bei ungeänderter Entwicklung, bei weiter zurückgehenden Geburtenraten? Wahrscheinlich werden wir teilweise entvölkerte Dörfer oder Straßenzüge finden. Wir werden ein Sozialversicherungssystem vorfinden, wenn wir es heute nicht anpassen, das nicht mehr in der Lage sein wird, seinen Aufgaben gerecht zu werden. Heute arbeiten etwa 5 bis 6 Arbeitnehmer für die Versorgung von 2 Rentnern. In 25, 30, 40 Jahren werden es nur noch 2 Arbeitnehmer sein, die einen Rentner versorgen können. Das Sozialversicherungssystem, das Rentenversicherungssystem in der heutigen Gestalt und Form wird diese Aufgaben nicht bewältigen können. Aber auch unsere Arbeitswelt beispielsweise wird einen gewaltigen Umschwung, eine gewaltige Herausforderung auf sich zukommen sehen. Die Unternehmen werden keine Auszubildenden finden mit der unmittelbaren Folge, Facharbeiter werden nicht mehr ausgebildet oder in kaufmännischen Berufen oder Verwaltungsberufen wird nicht mehr ausgebildet. Folge: Die Unternehmen können ihren Aufgaben und ihren Pflichten nicht mehr nachkommen.

Schließlich ist die Beschäftigung mit dem Phänomen des demografischen Wandels auch eine dramatische Aufgabenstellung.